

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Hochsaison für Prognosen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1984) : Hochsaison für Prognosen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 11, pp. 518-519

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135974>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hochsaison für Prognosen

Die Hochsaison der Konjunkturprognosen für das nächste Jahr hat begonnen. Kürzlich haben die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Gemeinschaftsdiagnose vorgelegt. Bei deren Veröffentlichung muß es schon dezidierte andere Vorstellungen über die Entwicklung im Jahre 1985 gegeben haben, denn in einer ganzen Reihe von Stellungnahmen zu dem Gutachten hieß es, mit der prognostizierten Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 2 % befänden sich die Institute „an der Untergrenze des Prognosespektrums“. Wer allerdings meint, er könnte das „Prognosespektrum“ durch Rückgriff auf andere Gutachten – und nicht einfach auf Zahlen – kennenlernen, wird enttäuscht. Es gibt noch keine, zumindest keine veröffentlichten. Der Sachverständigenrat wird sein Jahresgutachten in der zweiten Novemberhälfte publizieren, die Bundesregierung ihren Jahreswirtschaftsbericht erst im kommenden Januar. Die Bundesbank dagegen, deren Präsident die Prognose der Institute zu pessimistisch fand, legt ihre Schätzungen bedauerlicherweise nicht offen.

Ob die gemeinschaftliche Prognose der Institute von der tatsächlichen Entwicklung bestätigt werden wird oder nicht, ist selbstverständlich unsicher. Sollte sie sich etwa deshalb als „zu pessimistisch“ erweisen, weil einige der therapeutischen Anregungen der Institute verwirklicht werden – was dann anhand eines Vergleichs der explizierten Annahmen mit den tatsächlichen Bedingungen überprüft werden könnte –, so wären die Autoren darüber nicht unglücklich. Was den bloßen Vergleich von Prognosedaten betrifft, wie sie von einer großen Zahl von prognostizierenden Stellen angeboten werden, so hilft dies bei der Urteilsbildung über die künftige Entwicklung nicht weiter. Es geht vielmehr um den Vergleich der Begründungen verschiedener Prognosen und um ihre Schlüssigkeit. Mit der wachsenden Flut von Vorhersagen, die allzu häufig nicht eingehend begründet und daher auch nicht nachvollziehbar sind, wird in der Bundesrepublik eine Fehlentwicklung nachvollzogen, wie sie vorher vor allem in den USA stattgefunden hatte.

Da Prognosen stets einen Unsicherheitsbereich haben, sollten relativ kleine Unterschiede nicht hoch bewertet werden. Wenn etwa die Bundesregierung für 1985 mit einer Wachstumsrate von 2½ % rechnet, während die Institute etwas mehr als 2 % geschätzt haben, so können sich hinter dieser Differenz keine gravierenden Unterschiede in der Einschätzung der Stärke der Auftriebskräfte verbergen. Beide Ziffern stehen vielmehr für eine Entwicklung, die von unzureichender Wachstumsdynamik gekennzeichnet ist. Wer in dieser Hinsicht ein anderes Urteil hat, wird zu einer deutlich höheren Wachstumsrate kommen müssen, beträfe „mehr Dynamik“ doch nicht nur die Investitionen, sondern letztlich auch die anderen Verwendungsbereiche. Umgekehrt muß jeder, der die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts deutlich höher als 2 bis 2½ % ansetzt, die Vorstellung einer wieder recht passablen Wachstumsdynamik haben. Auf die Begründung eines solchen Urteils wäre man gespannt.

Die Grundtendenz der Konjunktur ist zweifellos nach wie vor aufwärtsgerichtet. Doch ohne Einschränkung gilt noch die Aussage aus dem Gemeinschaftsgutachten, daß „das Tempo

der konjunkturellen Besserung gegenwärtig nicht hinreichend zu erkennen ist. Vieles spricht indes dafür, daß sich die Aufwärtsentwicklung nicht gefestigt, sondern eher abgeschwächt hat". Die jüngste Entwicklung von Nachfrage, Produktion und Geschäftsklima scheint das durchaus zu bestätigen. Wohl niemand bezweifelt, daß der Export nicht das Anstiegstempo halten kann, das er bisher hatte. Und unter den binnenwirtschaftlichen Bereichen wird der Bausektor zusehends zum Schwächefaktor. Unter diesen Umständen ist nicht recht zu erklären, weshalb das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr ebenso groß oder sogar größer sein sollte als in diesem, in dem eine Rate von 2½ % erreicht werden dürfte. Der Hinweis auf den relativ großen Überhang, der zum Jahresende erwartet wird, überzeugt nicht. Er kann nicht einfach als Ausgangspunkt für das nächste Jahr genommen werden, da er durch Nachholung streikbedingter Ausfälle überhöht sein wird.

Natürlich hätte man vor allem deshalb gern ein stärkeres Wirtschaftswachstum, weil dies die Chancen für mehr Beschäftigung verbessern würde. Aber Prognosen sind Einschätzungen von wahrscheinlichen und nicht von wünschenswerten Entwicklungen; jedenfalls sollten sie das sein. Eine Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion von etwas mehr als 2 % verspricht nach aller Erfahrung keinen Beschäftigungszuwachs. Doch diesmal sind die Dinge komplizierter. Mit Wirkung vom nächsten Jahr gibt es Verkürzungen der Wochenarbeitszeit für fast 5 Mill. Arbeitnehmer. Ferner wird die Möglichkeit zum Vorruhestand eröffnet, von der vermutlich einige zigtausend Arbeitnehmer Gebrauch machen werden. Was diese Maßnahmen bewirken, ist „rechnerisch“ eindeutig: Zusätzliche Einstellungen wegen der Verkürzung der Wochenarbeitszeit und eine Verringerung des Angebots an Arbeitskräften durch den Vorruhestand. (Die Beschäftigung dagegen wird von der Inanspruchnahme des Vorruhestandes negativ beeinflusst; werden die „Vorruheständler“, wie zu erwarten, nicht vollständig durch Neueinstellungen ersetzt, sinkt die Beschäftigung.) Rechnerisch führt sowohl die eine wie die andere Form der Arbeitszeitverkürzung zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes.

Ohne Zweifel wird denn auch spätestens Ende 1985 von den Gewerkschaften geltend gemacht werden, daß nur dank der Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit – je nach der bis dahin bekannten Entwicklung – nicht gestiegen oder wenigstens nicht noch stärker gestiegen sei. Dies wäre allerdings höchstens die halbe Wahrheit, und das muß nach der jahrelangen Diskussion eigentlich jedermann bekannt sein. Denn es ist schlicht die Gegenfrage zu stellen: Wie viele Arbeitsplätze gehen durch die Politik der Arbeitszeitverkürzung mit ihren Kostenbelastungen verloren? Wie viele entstehen gar nicht erst, die sonst entstanden wären? Selbst kurzfristig scheint das Gewicht dieser kontraproduktiven Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung beträchtlich zu sein. Auf mittlere Sicht ist zu befürchten, daß sie gegenüber den entlastenden Effekten dominieren werden.

Wie immer haben die Institute aus ihrer Analyse und Prognose auch therapeutische Folgerungen gezogen. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist der Befund, „mit den bisherigen wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischen Weichenstellungen wurde weder eine ausreichende Verstärkung der Wachstumsdynamik erreicht, noch wurden die Kosten des Einsatzes von Arbeitskräften im Vergleich zu denen von Kapital so vermindert, daß die dringend gebotene Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten eingeleitet wäre“. Damit wieder mehr Wachstum und Beschäftigung erreicht werde, seien in den drei entscheidenden Politikbereichen folgende Grundsätze zu beachten: 1. Die Geldpolitik sollte die Finanzierung eines angemessenen Potentialwachstums bei sinkender Inflationsrate ermöglichen. Auf den Versuch kurzfristiger Beeinflussung von Konjunktur und Wechselkurs sollte verzichtet werden. 2. Die Tarifpolitik sollte die nach Regionen, Branchen und Betrieben unterschiedlichen Bedingungen berücksichtigen. Durch stärkere Marktorientierung der Entlohnung sollte Anreiz für die Wiederbesetzung bestehender und die Einrichtung neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. 3. Wirtschafts- und Sozialpolitik sollten für Bedingungen sorgen, unter denen sich mehr private Initiative entfalten kann. Finanzpolitisch sollte das durch Abgabensenkung und Begrenzung der Staatsausgaben gefördert werden. Vergleicht man die tatsächlich praktizierte Politik mit diesen Grundsätzen, so wird erkennbar, daß noch viel zu tun bleibt.